

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinisch-Westfälische Gebiet, Ostpreußen, Litauen und Bessarabien 30.- M., für das übrige Ausland 35.- M. Bestellungen nehmen an Deutsches Postamt, Potsdam, Telegraf.-Büro, Postfach 1000, oder an die Verlagsanstalt, Berlin, Lindenstr. 3.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 3. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komparatistabelle kostet 6,50 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 1,50 M. (un-
ter 1000 Zeichen gerechnet). Jedes weitere Wort 1.- M. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Kommentare Seite 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstr. 3 abgegeben werden. Gestalt nach 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Die Hilfsaktion für Rußland.

Cholera in Warschau.

Im Landeshaus der Provinz Brandenburg versammelten sich am Mittwoch vormittag Vertreter der medizinischen Wissenschaft, der politischen Parteien, des Großhandels und der Großindustrie wie auch Vertreter der Behörden, um mit dem Zentralkomitee des Roten Kreuzes über die Hilfsaktion für das durch Hunger und Seuchen schwer bedrohte Rußland zu beraten. Landesdirektor Winterfeldt als Vorsitzender und fast alle Redner betonten die Notwendigkeit der Hilfe, sie wünschten, daß das Vertrauen aller Schichten des russischen Volkes in der Hilfsbereitschaft Deutschlands nicht getrübt werde. Der bisherige Vertreter der deutschen Regierung in Moskau meinte, daß die Voraussetzung für die Hilfsaktion in den ausgebildeten Einrichtungen für die deutsche Gefangenensfürsorge vorhanden sei. So bestünde in Deutschland in Moskau ein Krankenhaus, zwei Heime und 150 für die Zwecke der Choleraabkämpfung geeignete Angestellte. Noch größer waren die Einrichtungen in Petersburg, eine Reihe von anderen Stützpunkten für eine fürsorgende Tätigkeit seien vorhanden. Mühte man auch anerkennen, daß die Sommerregierung in sehr lokaler Weise alle Hilfsaktionen für die deutschen Kriegsgefangenen unterstützt habe, so müsse man doch in Rücksicht ziehen, daß wegen des großen Mißtrauens der regierenden Stellen in Rußland die notwendige Einreisefreiheit und die ebenso erforderliche Immunität der Ärzte, Krankenpfleger usw. und die Verfügung über die Transportmittel durch einen rasch abzuschließenden Vertrag gesichert werden müsse. Die Anfragen, die an die russische Regierung gerichtet seien, seien bisher noch nicht beantwortet, doch war das wegen der Kürze der Zeit auch nicht zu erwarten.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamts Geheimrat Sumpf betonte, daß vom gesundheitlichen Standpunkte aus die Choleraabkämpfung

in energischster Weise auch von uns in Rußland in Angriff genommen werden mußte. Seit 30 Jahren bedroht uns die Cholera immer von russischer Seite, Polen und die Randstaaten bilden keine Abwehrwälle gegen das Eindringen der Cholera. Die hygienischen Einrichtungen im ganzen Osten seien überaus minderwertig. Man dürfe auch die Gefahren der Verschleppung von Flecktyphus und anderen Krankheiten Rußlands nicht aus dem Auge verlieren. Man solle sich aber nicht der Illusion hingeben, daß wir an der Bekämpfung der Hungersnot teilnehmen könnten; wohl aber können wir unsere medizinische Wissenschaft, unsere hochentwickelte pharmazeutische Industrie in den Dienst der Choleraabkämpfung auf russischem Boden stellen. Diese Ausführungen wurden von anderen ärztlichen Autori-

täten in der Versammlung bestätigt. Der Schatzmeister des Roten Kreuzes betonte, daß er — vermutlich auf Grund amtlicher Untersuchungen — für vier bis fünf Monate die Aktion des Roten Kreuzes in Rußland für finanziell gesichert halte.

Dr. Rofes von der U.S.P. berichtete von den Verhandlungen seiner Partei mit den Kommunisten, von der bestandenen Absicht eines gemeinsamen Aufrufes dieser Parteien, doch wolle man die Zerspaltung der Hilfsaktion verhindern. Er sprach auch von der Möglichkeit, russische Kinder in deutschen Arbeiterfamilien unterzubringen.

Dr. Adolf Braun von der SPD. erklärte, daß davon keine Rede sein könne, da wir für zu viele unterernährte Kinder in Deutschland zu sorgen hätten und auch hygienische Gründe sich gegen diesen Vorschlag ins Feld führen lassen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, durch das internationale Rote Kreuz eine energische Hilfsaktion der Vereinigten Staaten und Englands zu betreiben, die um so notwendiger sei, als Lloyd George sich als ganz uninformiert hinstelle; reichliche Lebensmittel und die notwendigen Verbandstoffe könnten nur diese beiden Staaten liefern.

Die Anwesenden konstituierten sich hierauf als ein großes Hilfskomitee. In einen engeren Ausschuss wurden neben Vertretern der anderen Parteien die Genossen Juchacz und Genosse Bartels gewählt. Außerdem gehören ihm an: die Spitzen der Bankwelt, der Industrie, der Wissenschaft, insbesondere der medizinischen Wissenschaft. Von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde Graßmann in das Komitee gewählt.

Man ist so unsicher über die Möglichkeiten, die sich einer deutschen Hilfeleistung entgegenstellen dürften oder könnten, daß man vorläufig bloß ein Sanitätsschiff mit 5 Ärzten und 20 Hilfspersonen entsenden will, um dann zu prüfen, ob die russischen Verhältnisse und die Haltung der russischen Regierung eine ungestörte nützliche Tätigkeit ermöglichen lassen. Es scheint aber die Meinung sich durchzusetzen, daß man trotz der in Rußland befindlichen deutschen Fürsorgeeinrichtungen gleich zu Anfang in etwas größerem Maße vorgehen müsse. Auch wir teilen diese Überzeugung durchaus, um so mehr, als

die Cholera schon bis Warschau vorgeedrungen ist und Danzig als Seuchenverdächtig angesehen wird; freilich glauben die medizinischen Autoritäten, daß es bei genügender Vorsicht der Bevölkerung und bei entschiedenem Eingreifen der Behörden möglich sein wird, die Cholera von der deutschen Grenze fernzuhalten und uns wenigstens vor diesem Unheil zu bewahren.

Die Sitzung des Obersten Rates.

Paris, 3. August. (C.C.) Dem „Petit Parisien“ zufolge glaubt man, daß die Sitzung des Obersten Rates nur wenige Tage, vielleicht zehn bis zwölf, in Anspruch nehmen werde. In London ist man allerdings anderer Ansicht. Infolge der inneren Angelegenheiten wird Lloyd George mit seinen Kollegen nach der Erledigung der oberstschlesischen Frage nach London zurückkehren, was befehlen würde, daß man nur über Oberschlesien sprechen würde. General Le Rond wird selbstverständlich von dem Obersten Rat gehört werden und neuerdings darauf dringen, daß Truppenverstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden. Marschall Foch werde es als ein Minimum bezeichnen, daß eine Division entsandt werde. Rummer hat man jedoch erklärt, daß der Transport dieser Truppen mehr Zeit beanspruchen werde, als man zunächst annahm, da nämlich in Deutschland täglich nur drei Militärzüge verkehren können. Das würde bedeuten, daß zwölf bis fünfzehn Tage vergangen zwischen dem Augenblick, in dem Deutschland die formelle Mitteilung erhalten werde, daß die Truppen abgingen, und der Ankunft der letzten dieser Abteilungen in Oberschlesien. Das Blatt fragt, wie man diese Schwierigkeit zu überwinden gedenke, wenn sich der Oberste Rat für die Entsendung von Truppen ausspreche. Andererseits müsse man sich fragen, wenn das oberstschlesische Problem behandelt werde, was geschehen solle, wenn die von General Le Rond ausgesprochenen Befürchtungen wahr würden.

Die britischen Sachverständigen bereifen jetzt das Aufstanzgebiet, um Lloyd George über ihre Wahrnehmungen zu berichten. Im englischen Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt, der Oberste Rat werde auch darüber sprechen, ob man die deutschen Kriegsschuldigen in den Anklageländern vor Gericht stellen solle.

Für diesen Fall dürfte eine Verhandlung überflüssig sein und das Urteil ohne solchen Krimskrums in die Maschine diktiert werden. Auch hängen die Nürnberger keinen, sie hätten ihn denn zuvor.

Spaniens Kolonialkrieg. In Saragossa ist ein Versuch gemacht worden, den Generalstreik zu proklamieren als Protest gegen die Entsendung von Truppen nach Marokko. Der Versuch ist mißglückt. Die Veröffentlichung näherer Berichte hierüber ist von der spanischen Regierung verboten.

Der gemeinsame Schritt.

Paris, 3. August. (C.C.) Zu der Verzögerung des gemeinsamen Schrittes der drei alliierten Völkerverträge in Berlin hat der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ aus englischer Quelle erfahren, daß diese Verzögerung auf einem Irrtum in der Uebersetzung des vom Foreign Office an Lord d'Abernon abgeforderten chiffrierten Telegramms beruhe. Bei der Uebersetzung enthielt das Telegramm eine Bedingung, durch die sein Inhalt eine wesentliche Abänderung erfuhr, so daß Lord d'Abernon der Ansicht war, sich dem Schritte seiner französischen und italienischen Kollegen nicht anschließen zu können, bevor er nicht über die Angelegenheit nach London berichtet hätte. Gestern abend sandte nun das Foreign Office an Lord d'Abernon ein neues Telegramm, in dem erklärt wird, daß die ihm erteilten Instruktionen mit denen des französischen Völkervertrages übereinstimmen. Lord d'Abernon wurde ersucht, den Schritt ohne Zögern vorzunehmen. Auch der italienische Völkervertrag erhielt endgültig von der Consulta den Auftrag, im gleichen Sinne zu handeln. Demnach sei es wahrscheinlich, daß der gemeinsame Schritt der Völkerverträge in Berlin heute stattfinden werde.

Das heiße Oberschlesien.

Katowitz, 3. August. (U.) Durch Jalousie zogen die ganze Nacht fortgesetzt Banden, die polnische Lieder sangen und spielten und Hochrufe auf Polen stießen. Durch den Ort zogen auch mehrere Wagen, auf denen Insurgenten z. D. saßen, mit Gummistülpeln, zum Teil auch mit Gewehren bewaffnet. Fortgesetzt hörte man Schüsse fallen. Ortsbewohner wurden während der Nachtstunden bedrängt und Straßenposten angehalten. In der Umgebung treiben sich viele Banditen umher.

Rom, 3. August. (Hoves.) Trotz offiziöser Dementis erklären gewisse Freunde des Völkervertrages in Berlin, dieser habe deutsche Vorschläge überbracht, daß Italien 1 bis 3 Millionen Aktien der oberstschlesischen Bergwerke gegen Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums angeboten würden. — Diese Meldung soll wohl die französischen Vorbereitungen in Oberschlesien verdecken, die sich in der Anforderung genauester Berichte der einzelnen Werke und in ihren minutiösen Beschreibungen durch die französische geleitete Wirtschaftsabteilung der S.R. äußern.

Wirth und Heinze.

Wenn der Begriff der „erfrischenden Wärme“ überhaupt und besonders in diesen Tagen nicht ziemlich paradox klinge, so müßte man ihn auf die Rede anwenden, die der Reichskanzler Wirth, der Reichskanzler der Linken-koalition, gestern in Bremen, am Vorabend der Pariser Tagung des Obersten Rates gehalten hat. Nur ganz vertrocknete Seelen werden sich dem Eindruk entziehen können, daß aus jeder Zeile der Kanzlerrede ein mit hohem Ethos gepaarter gesunder Menschenverstand zu den Vätern der Erde spricht. Der Appell, der gestern von der Hansstadt an der Weser ausging, galt in erster Linie den Staatsmännern der Entente und erst in zweiter Linie dem deutschen Volk.

Soweit sich Wirth an die eigenen Volksgenossen wandte, so können wir seinen Appell zur nationalen Eintracht insofern unterschreiben, als er mit einem schönen Mut, der leider bei den meisten bürgerlichen Politikern heute noch keine Selbstverständlichkeit ist, das Ideal der demokratischen und sozialen Volksrepublik klar in den Vordergrund rückte und als wir selbst uns stets bereit erklärt haben, mit allen denen zusammenzuarbeiten, die dieses Ideal als Grundlage und Voraussetzung eines jeden gemeinsamen Wirkens anerkennen. Und nur jene, für die der einzige und wahre Klassenkampf in der Sprengung von Siegeskolumnen und in hysterischen Aufrufen besteht, werden uns dieses Bekenntnis zum Wirthschen Programm als einen „Verrat“ am Sozialismus ankreiden. Möge nur der Kanzler in seiner eigenen, engeren politischen Umgebung dieselbe restlose und aufrichtige Unterstützung finden wie bei uns, wenn es gilt, mit vereinten Kräften die demokratische und soziale Volksrepublik zu schützen, zu stärken und auszubauen!

Auch aus dem Munde seines Vorgängers im Amt und besonders aus dem des vorigen Ministers des Auswärtigen Dr. Simons hatten wir ähnliche Rufe an das Gerechtigkeitsgefühl der ausländischen Staatsmänner, ähnliche Hinweise auf die europäische Gemeinschaft vernommen, wie sie in der gestrigen Rede Wirths wiederholt vorkommen. Sie waren damals sicher nicht minder aufrichtig gemeint, aber sie mußten wirkungslos verhallen, weil die ganze politische Atmosphäre Deutschlands in jener Zeit muffig war; und dies lag wiederum lediglich daran, daß das republikanische Ideal in der Reichsregierung nicht zur Geltung kommen konnte, weil die größte republikanische Partei, die stärkste Stütze des neuen Deutschland draußen stehen mußte, und dafür eine halbmonarchistische Partei immer mehr ihren Geist, den Geist des alten Deutschland verbreiten durfte. Darin liegt der große Unterschied zwischen der Ära Fehrenbach und der Ära Wirth.

Nun wird es sich erst jetzt zeigen, ob die Nachhaber der Entente diesen Unterschied nicht nur begreifen — aus ihren Reden müßte man eigentlich schließen, daß sie sich dieser entscheidenden Wandlung wohl bewußt sind —, sondern auch auszunutzen gewillt sind.

Deutschland hat jetzt ein Kabinett der Erfüllung. Was das bedeutet, darüber sind wir uns schon im klaren, die wir uns jetzt mit dem gewaltigsten Steuer- und Finanzproblem befassen müssen, das die Welt jemals gesehen. Versteht man aber auch in Frankreich, welche vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit damit der Welt geboten wird, die Wunden des Krieges in zäher, friedlicher, gemeinsamer Arbeit zu heilen? Hat man sich in Paris genau überlegt, was geschehen würde, wenn dieser letzte Versuch des republikanischen Deutschland, seine Kräfte für diese gewaltige Kulturaufgabe freiwillig und aufrichtig zur Verfügung zu stellen, an dem Unverständnis und der Kauffucht einer einzigen Regierung scheitern würde?

Denn darüber sind wir — und nicht mehr nur wir Deutschen allein — uns alle im klaren: ein Land ist es, oder vielmehr eine Regierung ist es, die noch von der Notwendigkeit überzeugt werden muß, neue weltpolitische Bahnen einzuschlagen, neue Methoden anzuwenden. Es ist die Regierung, die hinter Korsant stand, als er sich gegen den Versaillesvertrag auflehnte, und die ihm heute noch, nachdem sein Unternehmen gescheitert ist, offizielle Gastfreundschaft gewährt: noch vor wenigen Tagen fand in der Madeleine-Kirche in Paris eine Totenmesse für den (durch wen?) ermordeten Major Montalegre statt, und da saß unter den offiziellen Persönlichkeiten zwischen aktiven Ministern und Generälen der französischen Republik das Haupt der Insurrektion, Korsant! Mag dies auch nur ein Detail sein, es ist für die französische Außenpolitik charakteristisch. Und wer sollte sich darüber noch wundern, daß der Gedanke des Friedens und Rechts, der im deutschen Reichskanzler gestern einen so überzeugenden Anwalt fand, sich in der Welt nicht durchsetzt, solange das Symbol der Gewalt und des Unrechts Gegenstand von Sympathie und Ehrungen im offiziellen Frankreich ist? Und wie sollen die noch widerstrebenden deutschen Volksteile für die Politik der Achtung und der Erfüllung des Versaillesfriedensvertrages gewonnen werden, wenn jene, die das Signal zur Auflehnung mit Waffengewalt gegen diesen Vertrag gegeben haben, auf vertraulichem Fuß mit den Kollegen

des Ministerpräsidenten Briand stehen, wenn nicht gar mit Herrn Briand selbst?

Es wird in Frankreich sicherlich als ein neuer Versuch, die Alliierten zu „spalten“, gedeutet werden, daß Wirth nur von den verschiedenen Stimmen gesprochen hat, die „von jenseits des Ozeans und des Kanals“ zu uns gelangen. Wir, und sicherlich auch er selber, hätten nur gewünscht, von gleichen Stimmen jenseits des Rheins sprechen zu können. Aber an uns liegt es nicht, daß Briands Worte und erst recht seine Taten bis in die allerletzte Zeit den Geist der Unversöhnlichkeit und der Gewalt armeten.

Zu gleicher Zeit mit dem Reichskanzler sprach in seinem lächlichen Wahlkreis der frühere Vizekanzler Dr. Heinze, bekanntlich einer von den wenigen Volksparteilern, die für die Annahme des Ultimatums gestimmt haben. Nach einem Bericht der „Tägl. Rundschau“ rechtfertigte Dr. Heinze seine Zustimmung zur Annahme des Ultimatums damit, daß dadurch Frankreichs Pläne auf völlige Vernichtung Deutschlands vereitelt wurden. Außerdem sei mit der Annahme des Ultimatums der letzte Versuch gemacht worden, Oberschlesien und das Ruhrrevier zu retten. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ hat sich Dr. Heinze dahin ausgesprochen, daß die Annahmeverweigerung von vornherein die völlige Vernichtung Deutschlands zur Folge gehabt hätte.

Was Dr. Heinze zu seiner Rechtfertigung ausführte, stellt zugleich eine furchtbare Anklage gegen seine eigene Partei und die Deutschnationalen Partei dar. Hat Dr. Heinze recht, dann hieß gegen die Annahme des Ultimatums stimmen, für die völlige Vernichtung Deutschlands stimmen, das Ruhrrevier den Franzosen, Oberschlesien den Polen preisgeben. Und daß Dr. Heinze recht hat, das geht aus dem ganzen bisherigen Verhalten der nationalistischen Presse hervor, die noch nie auch nur den leisesten Versuch gemacht hat zu zeigen, wie sich Deutschland vor dem vernichtenden Druck der Gewalt hätte retten können, der mit der Ablehnung des Ultimatums automatisch eingeleitet hätte.

Die Versuche der Deutschen Volkspartei und insbesondere ihres Führers Dr. Stresemann, für ihre eventuelle Zustimmung zur Annahme von England bestimmte Zusicherungen zu erhalten, waren wohl verständlich, unverständlich aber bleibt der folgende Umfall der Partei, wenn man nicht Freigebigkeit und gewissenlose Demagogie als seinen eigentlichen Grund annehmen will. Die vernichtenden Folgen der Ablehnung sind der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei von so anerkannten Führern wie Dr. Heinze nachdrücklich zu Gemüte geführt worden. Wenn die Fraktion trotzdem für die Ablehnung stimmte, so handelte sie entweder nach dem Grundjah „die Partei über das Vaterland“, oder aber sie ließ sich von der Erwägung leiten, daß das notwendige Rettungsmittel ja doch von andern, vor allem von der Sozialdemokratie, vollbracht werden würde. Andern die Rettung des Landes überlassen und sie hinterdrein dafür noch verleumden und beschimpfen, das wäre eine Taktik, der gegenüber selbst die der Kommunisten beinahe noch sauber und ehrlich zu nennen wäre!

Dr. Heinze zweifelt daran, daß die finanziellen Bedingungen des Ultimatums auf die Dauer erfüllbar wären, und mit diesem Zweifel steht er nicht allein. Unzweifelhaft aber ist dies: Die vernichtenden Folgen einer Ablehnung des Ultimatums würden auch nachträglich noch eintreten, wenn Deutschland nicht durch die Tat, durch Ausübung aller seiner Kräfte den Beweis lieferte, daß ein mögliches späteres Versagen in der objektiven Unerfüllbarkeit der gestellten Forderungen, nicht aber im Mangel seines guten Willens seine Ursache hat.

Darum ist die Politik der Regierung Wirth die einzig mögliche. Jede andere würde auf allen Gebieten der auswärtigen Politik, ganz besonders auch in der ober-schlesischen Frage viel ungünstigere, für Deutschland höchst unheilvolle Ergebnisse zeitigen. Deutschland spielt selbst ein ehrliches Spiel. Und damit ist auch dem Ruf des Reichskanzlers nach ehrlichem Spiel in der ober-schlesischen Frage der denkbar stärkste Nachdruck verliehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede (siehe Morgenausgabe) führte Reichskanzler Wirth noch aus:

Ruh, liebe Volksgenossen, gerade in dieser Stunde, wo wir den großen deutschen Gedanken der Solidarität Europas in aller Welt vertreten, gehen wir der Entscheidung über Ober-schlesien entgegen. Es ist eine schwere Stunde, nicht nur entscheidend etwa für eine Regierung. Um Personen handelt es sich nicht.

Ich habe mich in den letzten Wochen manchmal gefragt, wie ist es möglich, daß im Osten Deutschlands ein neuer Staat eine solche Politik betreiben kann, wie es Polen getan hat! Was veranlaßt die östliche Welt uns, was veranlaßt die großen Städte der Ostseeküste gerade Ihrer Heimatstadt Bremen? Da ist Leben ausgegangen, da ist der Gedanke der Zivilisation und der Menschheit unter den bestehenden Formen des Handels in alle Welt ausgegangen. Was hätte ein polnischer Staat für die Welt bedeuten können, wenn er sich innerhalb seiner natürlichen Grenzen bewegt hätte! Haben Sie je ein Volk in der Welt gesehen, das durch deutsches Blut, durch den Tod unserer Brüder zum Leben erwacht ist, und das uns derart schmachvoll behandelt hat wie gerade das polnische Volk? Wir hätten den Wunsch gehabt, nachdem Polen zur Staatlichkeit erwacht ist, uns mit diesem Volke zu verständigen, um dem Gedanken der europäischen Kultur gemeinsam zu dienen. Und was begibt sich jetzt vor unseren Augen? Im Osten greift Polen weit in russisches Gebiet hinein, in Litauen ist die Grenze nicht geregelt, die Frage von Wilna ist noch offen, in Galizien den Ruthenen gegenüber die Politik der Macht ohne den Gedanken des Rechts und der Versöhnung. Und nun auch das frevlichste Beginnen gegenüber dem deutschen Volke,

ein zweites Elsch-Cochringen zu schaffen, ein weit schlimmeres Elsch-Cochringen, einen ewigen Brandherd zwischen großen Völkern, der den europäischen Kontinent aus dem Lauf eines Jahrhunderts in Unglück und Zerstörung stürzen kann. Ich glaube, wir alle, die wir hier vereint sind, haben nicht den Gedanken in uns aufgenommen, daß nach dem Millionen Kreuze auf allen Schlachtfeldern, diese Frage aufs neue das arme Europa in Elend und Verzweiflung stürzen soll.

Warum keine Verständigung? Weil politische Leidenschaft, weil grenzenloser Hochmut in Warschau die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. (Beifall.) Darum geht unsere Mahnung hinaus über das ganze Erdrund: Löst die ober-schlesische Frage, nachdem das Volk gesprochen hat, gerecht, ist es so, daß nicht im Osten ein neuer Brandherd entsteht, der Deutschland und die ganze Welt aus dem Ruin entgeführen kann. Sieben Jahrhunderte lang ist dieses Land in deutschem Besitz gewesen, zur Höhe der Wohlstand, zum Reichtum emporgetragen, zu jener Kultur, in die auch die soziale Gerechtigkeit eingebaut ist, durch alle Wohlfahrtsanstaltungen, die wir selbst in unserem Vaterlande kennen. Diese Bewegung war nicht zu dämmen.

Darf ich es Ihnen offen aussprechen? Vor dem Kriege war Deutschland gemäß reich, und manche Frage wäre zu lösen gewesen, wenn eine Versöhnung zwischen Besitz und Arbeitern im deutschen Vaterlande allüberall gepflegt worden wäre. Von dem Gedanken, der in der neuen demokratischen Republik arbeitet, am großen, sozialen Aufbau, getragen von diesem Gedanken wird auch Oberschlesien und seine Arbeiterbevölkerung unter deutscher Herrschaft, unter deutscher demokratischer Freiheit andere Tage genießen, als etwa unter der Herrschaft polnischer Illusionisten, die nur den Gedanken nationaler Selbstherrlichkeiten kennen und mit darauf sinnen, durch Gewalt das alte deutsche Kulturland in ihren Besitz zu bringen. Wer den Gedanken der Wohlstand und des sozialen Fortschritts will, der muß dem Gedanken des deutschen Rechts in Oberschlesien Rechnung tragen.

Wir sehen der Entscheidung mit klaren Augen entgegen, gemäß mit klopfendem Herzen, aber in dem Bewußtsein, daß ein Volk, das für sein gutes Recht nicht, niemals untergehen kann. Ich vertraue auf die Einsicht der großen, führenden Nationen in der Welt, daß unsere Stimme nicht ungehört im Rate der Völker verhallen wird. Wir werden nicht dabei sein, bei dieser Entscheidung. Es ist gut, daß wir nicht dabei sind, denn die Verantwortung für eine gerechte Entscheidung liegt bei denen, die uns weder nach London berufen, noch zur Abrüstungskonferenz nach Washington eingeladen haben. Es ist nur ein Zeichen dafür, daß wir jetzt um so mehr, wo wir nicht mehr das Schwert spüren, der ganzen Welt dienen, wenn wir den Gedanken des Rechts und der Gerechtigkeit als deutschen Gedanken in der Welt vertreten.

Wir erwarten die Entscheidung, und ich sehe nicht ohne Hoffnung in die Zukunft.

Zum Tode des Meisterängers.

Die schönste Stimme der Welt ist verklungen: Coruso ist nicht mehr. Mußt war im Namen dieses Neapolitaners, und wo er hin kam, war durch den Klang seiner Kehle, den Atem seines Mundes, von der Bürgerschaft der Menschen der Staub fortgeweht. Raufsch und lodernde Flamme war Antwort seines Spiels. Das war noch nicht und wird sobald nicht sein: ein Mann, dem die Welt zu Füßen lag, dabei kein Blinder, sondern ein wirklicher Künstler der Bühne, Leben kündend, fortreichend, jeden Tag erfassend und, wie improvisierend, umfänglich und doch charaktervoll spielend.

Da, er sang auch das hohe C, und dieser einzige Tenor konnte im Atem, in Form und Technik der Tonbildung schlechtweg alles Erdendbare unfehlbar leisten. Aber das Zittern des Tonens, das Schluchzen der Stimme, die Schatten und Lichter seiner Leidenschaft, das Heroische seiner Geste, die Freiheit und Leichtigkeit seiner Mimik schufen erst, sich überbietend, den ganzen Coruso-Zauber. Seine Stimme war ein Naturwunder an sich, so weit, so voll, so glänzend, daß selbst auf kunstfeindlichsten Grammophonplatten das Timbre unverkennbar ist. Und wundervolle Dekonomie steigerte, befähigte den Atem, typisch italienische Tonbindungen von oben her wirkten bei ihm, nur bei ihm, natürlich, anmutig, feilsch bedeutsam.

Er kokettierte mit der Größe seines Organs niemals, vielmehr mußte er einen Teil des dramatischen Elements, jede Note, auch entsprechend in Gesicht, Hand und Bewegung zum Ausdruck zu bringen. Nehmt alles in allem: der einzige Tenor, der ein Künstler der Bühne war, mochte er rezitativ die mezza voce pflegen, mochte er den ganzen Wohlklang in Kantilenen über die Bretter streifen lassen. Wie stark die Wirkung gerade seines spielerischen Genies war, erhellt dadurch, daß er in Berlin den Taddeo für Jörn hinter der Bühne sang und — o Wunder der Suggestion — keine Hand des Beifalls die prachtvolle Leistung beschante.

Er war zur Bühne geboren und blieb ihr treu. Ein Absteher in den Konzertsaal verlor selten diesen Eindruck. Ihm Partner zu sein, war Ehre und Glück. Es ward in der „Bohème“ der Hämpele, in der „Butterfly“ der Destinn, Dux, Faccaro zuteil. Coruso schuf den gleichen Zauber als Canio, als Bohemien, als Rodames, als Don José, Riccardo in Verdis „Maskenball“ — und immer war vergessen, daß Noten gesungen wurden. Ein Edelproph romanischer Bühnenkunst, die sich nie in die moderne hinein verirrte. Ein legitimer, unerfälschter Weltstar. Ein Mensch und ein Schicksal lebte sich auf der Bühne aus.

Kunst und Natur greifen uns in gleicher Stunde an das aufstrebende Herz. Das wird sobald nicht wieder sein!

Rurt Singer.

Das Niederländische Palais, neben dem Palais des alten Wilhelm, Unter den Linden 38 gelegen, das schönste der kleinen Berliner Palais aus dem 18. Jahrhundert, schwebt in der Gefahr, abgerissen zu werden und einem Bankneubau Platz zu machen.

Das Palais, an dessen Bau nacheinander die altberlinischen Architekten Andreas Krüger, Dietrich und Spemann mitgewirkt haben, zeichnet sich durch eine wohlgehaltene, sparsam gealterte, mit zarten Laubgewinden, Muschelwerk und Emblemen dekorierte Fassade und namentlich durch sehr schöne Innenräume aus. Der Speisesaal im linken Flügel, der durch zwei Geschosse geht, gilt mit Recht als der schönste aller im neoklassischen Geschmack gehaltenen Säle Berlins.

Wenn es schon nicht gelungen ist, die Altstadt Berlins mit ihren Geschäftsvierteln vor Demolierung zu schützen, so muß um so dringender gefordert werden, daß hier unter den Linden alles getan wird, um einen Bau von der künstlerischen Bedeutung des Niederländischen Palais zu erhalten und die geplante Verunstaltung des Stadtbildes mit allen Handhaben der Denkmalpflege zu verhindern — selbst auf die Gefahr hin, daß das hohenzollernhaus, zu dessen Privatbesitz das Palais gehört, ein paar Millionen weniger zu schaden bekommt.

Auf der Wacht gegen die Eisberge. Nachdem die „Titanic“ im April 1912 durch den Zusammenstoß mit einem Eisberg gesunken war, haben sich die seefahrenden Staaten zu wirksamen Abwehrmaßnahmen gegen diese furchtbare Gefahr für die Schiffe zusammengeschlossen. Die Vereinigten Staaten übernahmen die Aufgabe, einen regelmäßigen Ueberwachungsdiens im nördlichen Atlantischen Ozean einzurichten.

Es ist keine leichte Aufgabe, die diese Schiffe auf der Wacht gegen die Eisberge zu erfüllen haben. Während die anderen Schiffe alles daran setzen, um den Eismassen nach Möglichkeit auszuweichen, müssen diese Eispatrouillen das gefährliche Eis gerade aufsuchen, sich in nächste Nähe der Berge begeben und jede Einzelheit zu ergründen suchen, um dann auf drahtlosem Wege den Schiffen aller Nationen die nötige Warnung zukommen zu lassen. Die Eispatrouillen haben mit verschiedenen Annahmen ausgerüstet, aus denen man bisher auf das Vorhandensein von Eisbergen schloß. So glaubten die Seeleute, daß man die Nähe eines Eisberges erkennen kann, wenn man ein Echo hört. Aber diese Eisberg-Echos gehören in das Reich der Fabel. Ebenso wollte man auf das Vorhandensein von Eisbergen aus einer Veränderung der Temperatur schließen, und bereitete sich auf einen Eisberg vor, wenn eine frische kalte Brise einsetzte. Aber mit dem Thermometer läßt sich nicht die geringste Temperaturveränderung in der Nähe von Eisbergen feststellen. Auch Vogelkünden nicht das Vorhandensein dieser Gefahren an. Nur durch die mühevollen und unablässigen Patrouillenfahrten der Eiswachen lassen sich sichere Angaben ermitteln, die dann zweimal täglich, unter besonders schwierigen Bedingungen auch noch öfter bis zu einmal jede Stunde, mit drahtloser Telegraphie weitergegeben werden. Die Listen dieser „Eiswachen“ wird von den den Atlantischen Ozean besuchenden Nationen gemeinsam getragen, und zwar im Verhältnis zu der Zahl der Schiffe, die unter jeder Flagge segeln.

Ich weiß, was diese Hoffnung für uns bedeutet. Ich weiß, daß man enttäuscht werden kann, diese Enttäuschung, die sich dann legen wird auf die großen Scharen des wertvollen Volkes. Dies sind Todesgedanken für die ganze Welt.

Ich hoffe von der Bremer Arbeiterschaft und der Bremer Kaufmannschaft, daß sie uns in der großen Stunde der Entscheidung unterstützt, daß nicht politischer Streik unsere Arbeit zu nichte macht. Das wäre unseren Gegnern unerbittlicher Art gerade recht, wenn in Deutschland irgendeine Torheit begangen würde.

Vor der großen politischen Entscheidung keine Putsch! Für die, die noch den Gedanken der Putsch in ihren Gehirnen tragen, ist nur eins gut:

kalte Umhüllge.

(Bravo und Händeklatschen.)

Gerade in diesen Tagen, wo große politische Entscheidungen reifen, keine Störungen in Deutschland. Ich rufe es heraus an alle Kaufleute, an die Arbeiter Deutschlands, an alle die, die arbeiten wollen und die durch Arbeit leben wollen. Ich rufe es laut in alle Winde Deutschlands: In dieser Stunde kein Gedanke der Gewalt. Von der großen einheitlichen Linie, die die Reichspolitik vorgezeichnet hat, von der Politik der Erfüllung des Friedensvertrages darf es kein Abweichen geben. Wir wollen in einer solchen Stunde kein Schwanken auf den Bahnen des Rechts, auf den Bahnen der Arbeit, des großen Gedankens der sozialen Republik, des Gedankens der Freiheit und der Wohlfahrt unseres Vaterlandes. Unsere Idee ist der Gedanke der europäischen Solidarität unter dem Banner der sozialpolitischen Freiheit und demokratischen Entwicklung für ganz Europa. (Bravo! und Händeklatschen.) Ich hoffe, daß unsere Arbeit nicht vergebens ist. Ich habe auf sie, die uns ein faires Spiel zugesagt haben. Eine Enttäuschung des ober-schlesischen Volkes in der Hoffnung auf seine baldige Aufrichtung wäre das größte historische Unglück, das Europa widerfahren könnte. Wir haben Schweres übernommen, und ich weiß, daß alle deutschen Stämme dem Gedanken der Einheit die schwersten Opfer gebracht haben. Was haben wir gereitet aus dem Sturm und Drangsal des Weltkrieges? Die Rechte ist in Trümmern gesunken, der Wohlstand ist ver-nichtet, die Herrlichkeit ist versunken, aber eines haben wir erreicht:

die Einheit des Reiches.

die Einheit unserer Wirtschaft, die Hoffnung, daß wir in der Einheit, in der sozialen Freiheit, in der Demokratie, in der Gerechtigkeit unter Glück und unsere Wohlfahrt wieder neu aufbauen können. Dies wird Opfer kosten von allen Seiten, und wenn Sie wissen wollen, welche Opfer, so fragen Sie den Finanzminister des Reiches. Ohne Opfer ist das Vaterland verloren. Aber allen denen, die noch an den alten Zeiten hängen, nehme ich es nicht übel. Der Gedanke ist ja zu verlockend, sich in die Vergangenheit zu vergraben. Aber nehmen Sie die neue Verfassung des Reiches her, lesen Sie die einfachen, klaren Worte, die an der Spitze stehen, wo es heißt: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Und ich darf ergänzend hinzufügen „dem deutschen Volksstaat gegeben“. Lassen wir uns nicht niederdrücken von dem Gedanken, was hinter uns liegt. Gewiß gedenken wir dann und wann in Treue und Gebeten der gefallenen Brüder und Mitmenschen, die zu Millionen auf den Schlachtfeldern ruhen. Aber wir wollen uns nicht niederdrücken lassen, wir wollen nicht in Tränen unterinken. Auch über Gräber wollen wir wieder vorwärts schreiten, die Menschheit vorwärts führen zu großen Zielen, vorwärts und wieder aufwärts zum Licht, zu neuem Glück und Gerechtigkeit für unser deutsches Volk. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wilhelm gegen Steuern.

Der „Daily Mail“-Korrespondent berichtet aus Haus Doorn, daß zwischen dem früheren deutschen Kaiser und dem Stadtrat von Doorn immer noch Meinungsverschiedenheiten in der Steuerfrage bestehen. Der Stadtrat erklärt, daß Kaiser Wilhelm das Haus Doorn zu dem Preise von 350 000 Gulden gekauft habe und daß er infolgedessen jährlich nicht nur 150 000 Gulden Einkommen haben könne. Der Korrespondent erklärt, aus wichtiger Quelle erfahren zu haben, daß das Budget des Kaisers für 1920 600 000 Gulden betragen habe und daß der Stadtrat von Doorn vom früheren Kaiser darüber Aufklärung verlange.

Die Angaben sind nur zum Teil richtig. Das Haus Doorn wurde nicht für 350 000, sondern für 1 350 000 Gulden gekauft. Der vormalige Kaiser hat bis Ende 1920 an diesem Gede noch Holland rund 60 Millionen Mark überführt.

Deutsch-chinesischer Kulturverband. In Peking ist, wie die „Hochschulkorrespondenz“ mitteilt, der Grund gelegt worden zu einem deutsch-chinesischen Kulturverbande, der privatim eine Zentrale für den Austausch deutscher und chinesischer Kulturinteressen und Kulturwerte im weitesten Sinne werden soll unter Ausschluß jeglicher Politik. Seine praktische Tätigkeit ist zunächst eine mehr vorbereitende, sammelnde und vermittelnde, daher wird ein regelmäßiger Beitrag nicht erhoben.

Mitglieder des Verbandes können diejenigen werden, von denen mit einiger Gewißheit in erster Linie eine Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und China zu erwarten ist, d. h. 1. alle akademisch gebildeten Deutschen und Chinesen, 2. alle in China lebenden Deutschen und in Deutschland lebenden Chinesen für die Dauer ihres Aufenthalts, 3. alle, die von einem der in 1 und 2 bezeichneten Mitglieder eingeführt werden, mit Vorbehalt widerwilliger Zustimmung des Vorstandes, an dessen Spitze stets ein deutscher und ein chinesischer Akademiker stehen müssen. Meldungen und Mitteilungen aus Deutschland sind zu richten an den deutschen Vorsitzenden, Universitätsprofessor Dr. Waldemar Dohle, Peking, China, Ta Tsung Chia Hutung 27.

Promotion der Volksschullehrer. Der Kultusminister hat die philosophischen Fakultäten ermächtigt, ihre Promotionsordnungen entsprechend dem Erlaß vom 19. September 1919 über das Studium der Volksschullehrer insoweit abzuändern, als erforderlich ist, um diese zur Promotion zuzulassen.

Der Strumwespeler in Esperanto. Der unsterbliche Strumwespeler, der in so viele Sprachen übersetzt worden ist, soll nun seinen Siegeszug über den Erdball auch noch auf die Kreise ausdehnen, die sich der „Weltsprache“, des Esperanto, bedienen. Im Verlag von Ratten und Voering ist eine Esperanto-Ausgabe herausgegeben worden unter dem Titel „La Strumwespelero“. Beletaj rakontoj kaj komikaj bildoj de Dr. Heinrich Hoffmann. Esperanto traduko de A. D. Applebaum.

Dieses literarische Ereignis wird zweifellos bei der gesamten esperantofundigen Kinderwelt im Alter von 6—10 Jahren ungeteilten Beifall finden.

Einschreibegraphie. Die Verammlung der Verbandsvertreter der Gabelsbergerischen Schule hatte folgende Entschlüsse: „Die am 31. Juli in Kassel versammelten Verbandsvertreter des Deutschen Stenographenbundes Gabelsberger sind von der Notwendigkeit einer Einschreibegraphie für das deutsche Sprachgebiet überzeugt und fordern an Stelle ausföhrlicher Experimente, die Einbe-rufung des Ober-ausschusses in Uebereinstimmung mit dem preussischen Handelsministerium und den Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig.“

Das früheste Bild des Franz Hals, ein bisher unbekannt gewesenes männliches Bildnis vom Jahre 1615, hat das Rijksmuseum in Amsterdam aus dem englischen Kunsthandel erworben. Bisher begann die Reihe der Werke des Hals erst 1616, unter anderem mit dem kleinen und feinen Bildnis eines Barmheizers mit einem heiligsten Rosmarin und einer Lilie, von dem neuer Kaiser-Friedrich-Rijksmuseum eine alte Wiederholung besitzt.

Caruso hat, wie aus Paris gemeldet wird, ein Vermögen von 50 Millionen Dollars hinterlassen.

Der sozialdemokratische Programmwurf.

Soeben erscheint im Vorwärts-Berlag der umfänglich veröffentlichte Entwurf eines neuen Parteiprogramms der SPD. in Broschürenform mit einem Kommentar, der eine eingehende Begründung und Verteidigung der einzelnen Abschnitte des Entwurfs enthält, wie sie in den Unterkommissionen zustande gekommen sind. Zur theoretischen Einleitung des neuen Programmwurfs äußert sich Genosse Heinrich Cunow; die wirtschaftspolitischen Forderungen verfaßt Robert Schmidt, der gleichzeitig die Forderungen auf dem Gebiete der Agrarfragen bespricht; seinen Ausführungen ist als Nachtrag eine andere Formulierung der wirtschaftspolitischen Forderungen durch die Genossen Wissell und Boldt angehängt, die folgenden Wortlaut hat:

1. Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie wird von dem leitenden Grundgedanken getragen, das Interesse der Allgemeinheit dem Interesse des einzelnen oder einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen. Ihr Ziel ist die sozialistische Gemeinwirtschaft.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt wirtschaftspolitisch die Abschaffung aller Klassenprivilegien, die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes und der Ausbeutung jeder Art menschlicher Arbeit.

3. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Maßnahmen zur Leistungssteigerung der Wirtschaft in der Ausnutzung der Rohstoffe, der Ausgestaltung der Betriebsmittel und der organisatorischen Verbesserung der Gesamtwirtschaft bis zum höchsten Wirkungsgrad zu fördern. Vor allen Dingen soll der Mensch in seiner Arbeitskraft vernünftig, d. h. sozial ausgewertet werden. Der rationellen Arbeitswirtschaft haben wir eine soziale Menschenökonomie entgegenzusetzen.

4. Der Weg zu diesem Ideal ist eine Demokratisierung von unten, ein geistig sachliches und fachliches Hineinwachsen auch der Arbeitnehmer in den Aufbau einer Wirtschaft, die für und durch die Allgemeinheit organisiert werden muß.

5. In der Produktion hat die Wirtschaftsdemokratie einzusehen bei der Tätigkeit der Gewerkschaften und den damit verbundenen Betriebsräten in den Einzelbetrieben und den Betriebsgemeinschaften.

6. In der Konsumtion besteht die Wirtschaftsdemokratie in der Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennütige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

7. Die Wirtschaftsdemokratie findet ihre höchste Spitze in dem Wirtschaftsparlament der Arbeit, das sich im organischen, auf die Gemeinwirtschaft gerichteten Aufbau aus der Vertretung der Produzenten- und Konsumenteninteressen ergibt.

8. Die Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft, die Enteignung des privatkapitalistischen Besitzes und die Überführung in das Eigentum der Allgemeinheit sind nicht nur durch die Auswirkung politischer Machtverhältnisse bedingt, sondern stellen einen Entwicklungsprozeß dar; die Stoppen auf diesem Wege können nur von der Arbeiterschaft in der jähren, mühsamen Aneignung der Kenntnisse und Fähigkeiten wirtschaftlicher Selbstverwaltung erreicht werden, damit so Schritt für Schritt die Arbeit des privatkapitalistischen Unternehmers durch die Organisation einer von allen schädlichen Einzelinteressen befreiten Gemeinwirtschaft ersetzt wird.

Weiter nimmt Genosse Keil Stellung zum Finanzproblem, Mag Duara zu „Verfassung und Verwaltung“, Paul Hirsch spricht über Kommunalpolitik, Hermann Müller-Berlin (Niederbarnim) über Sozialpolitik, Grotjahn über öffentliche Gesundheitspflege, Paul Hirsch über Wohnungswesen. Die Rechtspflege behandelt der Kieler Jurist Genosse Radbruch, Antonie Pfütz-München bespricht die Kulturpolitik der Partei, Hermann Müller-Franken läßt sich über „Völkerbeziehungen und Internationale“ aus. Genossin Marie Suchacz bespricht die Frauenfragen im Parteiprogramm. Eine Einführung in die Broschüre gibt Genosse Adolf Braun, der gleichzeitig in einem historischen Ueberblick der Jahre 1891 bis 1921 die Notwendigkeit der Programmrevision darlegt.

Die unterschlagenen Arbeitergehälter.

Uns ist folgende Feststellung zugegangen, die zur weiteren Klärung und Beurteilung des Falles beiträgt:

Auf die Berichtigung der Rechtsanwälte Herzfeld in Ihrer heutigen Morgenausgabe bitte ich Sie, folgende Feststellungen zu bringen:

1. Es ist un wahr, daß die Abrechnung vom 15. April 1921 stimmt. Es ist un wahr, daß die vorgelegten Bankbücher und Belege bis auf den letzten Pfennig stimmen. Wahr ist, daß weder in den Büchern noch in den Abrechnungen die Gelder, die am 8., 18., 19. und 20. November v. J. abgehoben und anderen Institutionen überwiesen worden sind, in den Büchern oder Abrechnungen enthalten sind.

2. Die Behauptung, daß die Bankbücher und Belege die Richtigkeit des Kassenergebnisses vom 6. Mai ergeben, ist un wahr, wie aus der Erklärung zu 1 zu entnehmen ist.

3. Es ist eine außerordentlich leichtfertig vollbrachte Irreführung der Öffentlichkeit durch einen Rechtsanwalt, zu erklären, daß rund 345 000 M. nicht unterschlagen sind. Wahr ist, daß sie von dem Kontos Barth, Hagen, Eckert vom Unterstützungskomitee der Berliner Arbeiterschaft abgehoben, und folgedessen diesem Konto und somit der Unterstützungskommission selbst unterschlagen sind.

Doch gestatten Sie noch eine Bemerkung. — Da die Abrechnung am 16. November 1920 abschloß, und danach am 18., 19. und 20. November 1920 375 000 M. abgehoben worden sind, so glaube ich wohl nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß nach der Abrechnung am 16. April im Laufe der nächsten Tage die gesamte Summe oder große Teile derselben der „Roten Hilfe“ überwiesen wurden.

Eine eingehende Darstellung der gesamten Angelegenheit wird schnellstens erfolgen. Emil Barth.

Es wird immer wahrscheinlicher, daß die im November 1920 der Unterstützungskommission abhanden gekommenen Gelder in die kommunistische „Rote Hilfe“ übergegangen sind. Es wäre interessant zu erfahren, nach welchen Grundsätzen dort Unterstützungen gezahlt wurden und werden. Hat doch Frau Selt öffentlich mitgeteilt, daß sie keine Unterstützung erhalte, weil sie nicht kommunistin sei. Den erlöschenden Mann kann man als Agitationsmittel wohl besser gebrauchen?

Der bisherige kommissarische Landrat des Kreises Osthavelland, Genosse Giese, ist zum Landrat ernannt worden.

Groß-Berlin

Die Wasserversorgung Berlins.

Die Werke liefern jährlich 104 Millionen Kubikmeter Wasser.

In diesen Tagen, da infolge der tropischen Hitze der Wasserverbrauch der Groß-Berliner Bevölkerung seinen Höhepunkt erreicht und die verschiedenen Wasserwerke auf das höchste angepannt werden, dürfte ein Ueberblick über die in der neuen Stadtgemeinde Berlin zusammengefaßten städtischen und Gemeindegewässerwerke von Wert sein.

Die Wasserversorgung der Groß-Berliner Einwohnerschaft ist sehr zersplittert; ursprünglich war die einheitliche Wasserversorgung eine der Hauptaufgaben, die man dem Zweckverband Groß-Berlin übertragen wollte. Nach der Bildung der Stadtgemeinde Berlin ist der Hauptteil der Groß-Berliner Wasserversorgung auf die Stadt übergegangen; ein privater Wettbewerb findet nur noch durch die Charlottenburger Wasserwerke Aktiengesellschaft statt, die fast sämtliche südliche Ortsteile mit Wasser versorgt und dies zu einem niedrigeren Preise tut als die Stadt Berlin. Während Berlin einen Preis von 90 Pf. für das Kubikmeter Wasser festgesetzt hat, kommen die Charlottenburger Wasserwerke mit 75 Pf. aus.

Die städtischen Wasserwerke Berlins verdienen auch jetzt noch die alte rühmende Bezeichnung als „werbende Anlagen“. Sie sollen für 1921 einen Ueberfluß von 14 Millionen bringen. Unter den Einnahmen der Werke steht im Zentralhaushaltsplan der Wasserwerke der Erlös aus dem Verkauf von Wasser mit 94,2 Millionen an der Spitze, aus den Hausanschlüssen und Arbeiten für fremde Rechnung sollen 1,8 Millionen eingenommen werden. Insgesamt betragen die Einnahmen der ordentlichen Verwaltung 95,4 Millionen, in der außerordentlichen Verwaltung 5,3 Millionen. Unter den Ausgaben stehen: 9,8 Millionen für persönliche Ausgaben, Gehälter und Beförderung der Hilfskräfte. Dazu kommen noch 1,5 Millionen für Ruhegehälter usw., 1,1 Millionen für Bureaubedürfnisse. Die Betriebskosten betragen 57,5 Millionen. Davon entfallen 18,5 Millionen auf Löhne, deren Mehrbedarf für 1921 sich auf 4,1 Millionen infolge der Erhöhungen stellt. Für Schuldentilgung und Verzinsung werden 8,3 Millionen aufgewendet. Für außerordentliche Erneuerungen sind 1,4 Millionen eingestellt. Aus Anleiheemitteln werden 4,9 Millionen zu Erweiterungen und Neubauten verwendet. Der Hauptabfluß der sämtlichen Berliner Wasserwerke beläuft sich in der Einnahme auf 103,7 Millionen, in der Ausgabe auf 89,7 Millionen, so daß der erwähnte Ueberfluß von 14 Millionen sich ergibt.

Bemerkenswert dürfte auch eine Zusammenstellung der Leistungen der einzelnen Wasserwerke sein. In erster Stelle mit weit mehr als der Hälfte der gesamten Wasserförderung steht die alte Stadt Berlin mit einer Wasserabgabe von 67 Millionen Kubikmeter. Dann folgt Charlottenburg mit 14,7 Millionen, Lichterfeld mit 7,7 Millionen, Spandau mit 5,4 Millionen, Pantow mit 2 Millionen, Weißensee und Reinickendorf mit je 1,1 Millionen Kubikmeter usw. An letzter Stelle stehen als die kleinsten Berliner Gemeindegewässerwerke Buchholz mit 70 000 und Heinersdorf mit 61 000 Kubikmeter Wassergabe im Jahre. Die jährliche Gesamtabgabe der Groß-Berliner Wasserwerke beläuft sich auf 104,1 Millionen Kubikmeter mit einer Einnahme von 94,2 Millionen. Hierin entfallen 99 Millionen Kubikmeter zu 90 Pf., an Private mit einer Einnahme von 89,1 Millionen Mark und 5,1 Millionen Kubikmeter zu 65 Pf., zu öffentlichen Zwecken mit einer Einnahme von 3,2 Millionen Mark. Für Wassermesser wird eine Grundgebühr erhoben, die den Werken 1,8 Millionen im Jahre bringt.

Der Heiratschwindler aus Rumänien.

Die Kriminalpolizei nahm gestern einen Abenteuerer und Heiratschwindler rumänischer Abstammung fest. Es handelt sich um einen Viktor Georgiaki, der eine sehr bewusste Vergangenheit hat. Georgiaki wurde von den rumänischen Strafbehörden gesucht, weil er dort einen Hauptmann erschossen hatte. Der Verhaftete war seinerzeit Sergeant bei einem rumänischen Drogenerregiment. Als er als solcher auf Wache stand, geriet er mit dem kontrollierenden Hauptmann in Streit, in dessen Verlauf er diesen niederschloß. Auf einem ungefalteten Pferde ritt er 42 Kilometer weit im Tross und verkaufte dann das Pferd in Czestochau. Als Frau verkleidet kam er über die Grenze und schließlich nach Berlin, wo er offenkundig Schwindelgeschäfte machte. Auch als Heiratschwindler betätigte er sich und nahm u. a. einer heiratstüchtigen Dame nicht weniger als 35 000 M. ab. Schon seit längerer Zeit gesucht, wurde er gestern in einem Café in der Potsdamer Straße ermittelt und festgenommen.

Veröffentlichung der Notverordnung.

Der „Deutsche Reichsanzeiger und Preussische Staatsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Nummer 173 vom 2. August den Wortlaut der Verordnung zur Sicherung einer geordneten Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin vom 30. Juli 1921, die sogenannte Notverordnung, aus der der „Vorwärts“ wiederholt Teile veröffentlicht hat. Die Neuwahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten finden danach am Sonntag, den 16. Oktober, statt. Die Verordnung ist unterschrieben vom Preussischen Staatsministerum, gez. Stegerwald, Fischel, Am Jahnhoff, Dominicus, Warmbold und Saumlisch.

Gehaltsverweigerung an einen Bürgermeister.

Bei der gestrigen Beratung des Jüterbogger Staats bildete das Gehalt des parteipolitischen Bürgermeisters Dr. Borweg einen besonderen Punkt. Die linksstehenden Parteien gaben in der Stadtverordnetenversammlung folgende Erklärung ab: „Wir lehnen das Gehalt für den Herrn Bürgermeister Dr. Borweg ab, da wir die Überzeugung haben, daß er sein Amt zu ungunsten der arbeitenden und auf Seiten der Sozialdemokratie stehenden Bevölkerung aus politischen Gründen parteilich führt. Einen Bürgermeister, der sich nur für eine bestimmte Gesellschafts- und Klassenklasse als Bürgermeister betrachtet und danach handelt, erkennen wir nicht an. Wir protestieren schärfstens gegen Herrn Borwegs Amtsführung.“

Da die Gehaltsverweigerung zugleich ein Misstrauensvotum gegen den Oberbürgermeister bedeutet, bleibt abzuwarten, welche Stellung er einnehmen wird.

Die elektrische Probefstrecke.

Wie erinnertlich, wurde vor längerer Zeit auf der Strecke Stettiner Bahnhof—Bernau hinter dem Bahnhof Pantow-Nieder-Schönhausen eine 1,5 Kilometer lange Strecke probeweise mit einer neuartigen Oberleitung ausgerüstet. Im Gegensatz zu den bestehenden Anlagen gleicher Art ist hier zum erstenmal für die Masten eine neuartige Betonkonstruktion verwendet worden. Sie sind an der Seite der Stützpfeiler aufgestellt und an ihnen Ausleger von rund 7 Meter Länge befestigt, die die Fahrleitungen für die beiden Vorortgleise tragen. — Wenn auch diese Probefstrecke, die nunmehr fertiggestellt ist, ihre Bedeutung für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen verloren hat, da man zur Elektrifizierung dieser Strecken sich nun endgültig für die Verwendung einer dritten Schiene entschieden hat, so hat doch die Probefstrecke zwischen Pantow-Schönhausen und Pantow-Heinersdorf ihren Zweck nicht verfehlt, da sie, wie wir erfahren, wichtigen Versuchen für die Elektrifizierung der Fernbahnen dienen soll.

Vereinigung der Kleingarten-Zentralorganisationen.

Der Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten und der Zentralverband der Kleingartenvereine Deutschlands veranstalteten am 14. August 1921 in Bremen einen allgemeinen Kleingärtnerkongress, gewissermaßen als Fortsetzung des zu Pfingsten 1921 in

Reußlan abgehaltenen ersten Kleingärtnerkongresses. Auf diesem Tag, über den der „Vorwärts“ seinerzeit ausführlich berichtete, traten die Delegierten des Zentralverbandes Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten, die an dieser Tagung teilnahmen, einmütig für die Vereinigung der beiden Zentralorganisationen ein. Der seitens des Zentralverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands vorgelegte Satzungsentwurf wurde durch eine hierfür eingesetzte Kommission beraten und ihm von der Tagung einflußreich zugestimmt. Die auch in großer Anzahl anwesenden Vertreter der noch nicht zentralistisch organisierten Kleingärtner hatten ebenfalls diesen Vorschlag zugestimmt, und so findet der für das deutsche Kleingartenwesen hochbedeutende Kleingärtnerkongress am 14. August in Bremen, Ansgaritorstraße, Gewerbehause, großer Saal, statt.

Die deutschen Kleingärtner werden zurzeit auf mindestens eine halbe Million geschätzt. Daß eine derartige Zahl bei der heutigen Ernährungsnotlage unseres Volkes eine bedeutende Rolle spielt, ist ohne weiteres klar. Das Reichsgesetz: Kleingarten- und Kleinpachtordnung gibt den Kleingärtnern heute schon einen gewissen Schutz und hat ohne Zweifel dazu beigetragen, daß das Kleingartenwesen in unserer deutschen Republik so gewaltigen Aufschwung genommen hat. Zur Sicherung und zum Ausbau der Bestrebungen des Kleingartenwesens soll die Tagung am 14. August dienen. Jede Kleingartenorganisation Deutschlands ist darum zur Teilnahme eingeladen. Die Einberufer, Geheimrat Bielefeld, Lübeck, für den Zentralverband Deutscher Arbeiter- und Schrebergärten, Stadtrat Grandke, Burg bei Magdeburg, für die noch nicht zentralistisch organisierten Vereinigungen, sowie Franz Steinweg, Berlin SO. 16, Köpenicker Straße 32a, seitens des Zentralverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, erteilen bereitwillig jede gewünschte Auskunft.

Zu einer blutigen Auseinandersetzung kam es gestern in den Nachmittagsstunden auf dem Kummelplatz in der Bodstraße. In der Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen in der Bodstraße befindet sich seit längerer Zeit ein Kummelplatz, auf dem sich schon häufiger derartige Szenen abgespielt haben. In einem dort aufgestellten Verkaufsstand für warme Brust wollte ein Besucher des Platzes gestern ein Paar Würste ersehen und geriet mit dem Verkäufer über die Herausgabe von Geld in Streit. Einige zunächst unbeteiligte Zuschauer des Vorfalls mischten sich zuunutzen des Verkäufers in den Streit ein, und der um sein Wechselgeld Betrogene erhielt obenrein noch eine Tacht Prügel. Er wurde hierbei so böse zugerichtet, daß er seine, offenbar von Messerlingen herrührenden Wunden auf der in der Nähe befindlichen Unfallstation verbinden lassen mußte. Sämtliche Beteiligten klinkten hierauf den Weg zur Polizeistation an, von wo sie jedoch nach Feststellung der Personalfälle bald wieder entlassen wurden.

Don Spielkameraden ins Wasser gestoßen und ertrunken ist der siebenjährige Schüler Heinrich Korbe aus der Brinzentstraße 108. Der Kleine spielte mit anderen Kindern vor dem Grundstück Planufer 63. Dabei erhielt er plötzlich einen Stoß und fiel in den Sandwehkanal. Es gelang zwar, ihn bald wieder aus dem Wasser zu ziehen, doch blieben Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg. Die Leiche wurde beschlagnahmt und eine Untersuchung zur Aufklärung des Unglücks eingeleitet.

Selbstmord eines Studenten. Der 27 Jahre alte Student Georg Broß, der in der Tellstraße 1 zu Reußlan wohnte, erschloß sich in seiner Wohnung. Als er aufgefunden wurde, war er bereits tot. Aufzeichnungen über die Ursache zu seinem Verzweiflungsschritt hat der junge Mann nicht hinterlassen, auch ist diese bisher noch nicht bekannt. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen.

Neubekämpfung der Altkasse. Die außerordentliche Verschärfung der Kasse im Berliner Lichtspielgewerbe, die, wie wir berichteten, zur Schließung von zirka hundert Kinos bereits geführt hat, hat den Berliner Magistrat endlich bewogen, den Lichtspiel-Theaterbesitzern seine Aufmerksamkeit zu schenken. Die Generalkonferenzdirektion hat heute, wie uns der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg mitteilt, an den genannten Vereinen die Aufforderung gerichtet, Vertreter der Lichtspieltheaterbesitzer zu einer für Freitag, den 3. August, anberaumten Besprechung über die Luftfahrzeugsteuer zu entsenden. Der Besprechung sollen die bisher unbeantworteten Beschlüssen des Vereins betreffend Ermäßigung der Luftfahrzeugsteuern zugrunde gelegt werden.

Einschränkung der Werderschen Obstfahrten. Angeblich wegen Mangels an Bodung haben die Werderschen Obstfahrer beschlossen, die täglichen Fahrten mit dem Obstdampfer nach Berlin einzustellen und diesen nur zwei- bis dreimal wöchentlich abfahren zu lassen. So lange die Werdersche Genossenschaft besteht, ist eine derartige Einschränkung noch nicht vorzunehmen. Die Werderschen Obstfahrer bezeichnen die diesjährige Obsterte als den größten Misserfolg, den sie je erlebt hätten. Die Pfäumenbindungen fallen in diesem Jahre vollständig aus.

Der Verein der Freireiter für Feuerbestattung Berlin hat in der letzten Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen. Nicht allein in der Reichshauptstadt, sondern auch in der ganzen Provinz Brandenburg hat er seine Vertreter, so in den Städten Belgitz, Oberswalde, Falkenberg, Jüterbog, Ludenow, Dranienburg, Trebbin, Werder und Jossen. Aber auch im Reich dehnt er sich aus; er hat Vertretungen in Hermsdorf a. Rhn., Babelsberg, Worms usw. Am Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, findet im Zirkus Busch seine Generalversammlung statt. Die Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle, Berlin SW. 68, Dranienstraße 83/84, erworben werden. Kostenlose Feuerbestattung vorfindender Mitglieder findet schon nach einjähriger Mitgliedschaft statt.

In der Neuen Philharmonie fanden anläßlich einer Erprobungsprobe zwei Uraufführungen statt. Siedmal muß man unbedingt das Publikum „Altkassenditen“ auch nennen. Es erklart nicht in Uebereinstimmung mit dem Bekannten und ist alles in allem wirklich recht verdammt. Auch sind die ersten Vorspieler etwas prächtig. Die Röhre der Töne ist hingegen relativ schwach. Der Film ist nicht stark genug im Aufbau und die vielen Ereignisse wirken zu schnell, dadurch die Aufmerksamkeit beeinträchtigt. Die Szenenaufnahmen sind zudem weit anfordernder als die Freilichtaufnahmen.

Wetter bis Donnerstag mittag: Köhler, zunächst übermäßig trocken, etwas Wind und Gewitterneigung bei mäßigen westlichen Winden, später zeitweise wieder aufklarend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Übungsstunde der SPD-Chöre:

Charlottenburg, Franzosend. „Kreuzler“. Die nächste Übungsstunde findet Donnerstag, den 4. August in der Aula statt. Am Sonntagabend Abreise nach Weiden. Nächsten Sonntag fällt die Übungsstunde aus. „Münchener Harmonie“. Die Übungsstunde findet jetzt wieder in der Aula statt.

Band für Orgelbegleitung des sog. Organismus: Potsdamer Straße 30/32 a, Weidhofs Haus Nr. 1, 8 Uhr. Öffentliche Vorträge von Carl Dittmer: Mittwoch, den 3. August: A. Simons „Philosophie der Freiheit“. Donnerstag, den 4. August: „Wegleitung und Wirtschaftsleben“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Eine der erfolgreichsten Latex-Kautschuk-Schiffahrts-Unternehmungen ist die Gründung des „Kontinente Schiffahrts-Konzerns“ in Amsterdam (Niederlande). Der Konzern hat einen Kapitalwert von 50 000 000 Pf., zum heutigen Tage ungefähr ca. 120 Millionen Mark, besitzt die Schiffahrtsgesellschaft „Kontinente“ unterhalten einen Kanal-Panama- und Canal-Zentral-Kanal und den „Kontinente“-Kanal. Der Konzern hat Niederlassungen in Amsterdam, Brüssel, London, New York und Rio de Janeiro. Die Niederlassungen sind: Amsterdam, Brüssel, London, New York und Rio de Janeiro. Die Niederlassungen sind: Amsterdam, Brüssel, London, New York und Rio de Janeiro. Die Niederlassungen sind: Amsterdam, Brüssel, London, New York und Rio de Janeiro.

Gewerkschaftsbewegung

Der Landbund als Streikheher.

Nur ein paar Wochen brach auf einigen Gütern im Kreise Greifswald in Vorpommern ein Landarbeiterstreik aus. Die gesamte reaktionäre Presse brachte hierüber eine gleichlautende, ansehende von ein und derselben Seite aus übermittelte Notiz in auffälliger Anordnung. Als Grund des Streiks wurde angegeben, daß die Arbeiter in den Streik getreten seien, um die Wiedereinstellung des kommunistischen Kreisratsabgeordneten Kisch zu erzwingen. Diese Angaben waren glatt erlogen. Der Streik, der auch auf Rügen sich über einige Güter ausbreitete, war künstlich durch den Landbund erzeugt worden, wahrscheinlich, um den Anstoß zu einem Unternehmen zu geben, das für die Landarbeiter und den Deutschen Landarbeiterverband gefährlich werden konnte.

Wenn auch zweifellos von Kommunisten überall in Pommern der Versuch gemacht wird, die Arbeiter für sich zu gewinnen, da in den Städten die Propagandaverfassungen lediglich nur noch von einigen Quartieren besucht werden, so kann von einer erfolgreichen Hebe nirgends die Rede sein. Bei dem Landbund ist der Wunsch, die Kommunisten möchten die Arbeiter zum Streik treiben, die Triebfeder eines schamlosen Handelns. Er gibt in gewissenloser Weise den Kommunisten durch Nichterhaltung der Tarifverträge Agitationsstoff zum Streik und wehrt nur zu gut, daß die Kommunisten als einzige Methode den Streik ohne vorherige Erschöpfung der Verhandlungen und unter Anrufung der gesetzlichen Körperschaften durch den Verband propagieren, da schon ihr blinder Haß gegen die Gewerkschafts-"Bongen" diese ausschalten und nach ihrer Weise tanzen lassen. So werden diese Streiks dann zu wilden, die nicht sanktioniert werden können, und sind von vornherein zum Zusammenbruch verurteilt, weil technische Notfälle und organisierte Streikbrecher des Landbundes sofort eingesetzt werden. Enttäuscht, verbittert und gegen den Verband verkehrt, verlassen viele dann seine Fahne und wandern, reichlich durch Liebesgaben gefördert, in den Landbundsflaunenverein hinüber. Zu sehr geschwächte Landarbeiterverbandsgruppen brechen dann in sich zusammen. Das ist eines der Mittel, mit denen man den Deutschen Landarbeiterverband zu zerlegen versucht.

Auch die Streiks in Vorpommern sind lediglich durch das demagogische Treiben der Landbundgroßhändler entstanden. Die Herren weigerten sich nämlich den durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministers festgesetzten vorläufigen Grundlohnzuschlag von 10 resp. 40 Pf. ab 11. Februar 1921 zu zahlen. Die Vertreter der Gewerkschaft brachten die Sache in das richtige Gleis und leiteten durch, daß der Zuschlag gezahlt wird bis zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs durch das Gericht. Die Landbändler hatten gehofft, von kommunistischen Schreibern Hilfe zu erhalten, wußten aber zu ihrem Leidwesen, daß die Arbeiter zu ihren Führern hielten. Die Streiks sind inzwischen beigelegt worden. Wie gemein der Landbund in seinem Kampfe handelt, sagt ein geheimes Rundschreiben des Landbundes, Kreisgruppe Kolberg-Roslin, das ein guter Wind auf den Redaktionsstisch der "Volkszeitung für Hinterpommern" wehte. Es heißt darin u. a.:

„Leider kommen Nachrichten aus dem Kreise, daß einzelne Arbeiter wiederum nicht die Kraft gefunden haben, energisch vorzugehen. . . Die 11. Stunde ist die Schicksalsstunde (!) des Landarbeiterverbandes im Kreise Kolberg. . . Kolobuden (ein sehr tüchtiger Kreisleiter des D.R.V., der großes Vertrauen bei den Mitgliedern besitzt, D. B.) Einfluß wird den ersten Stoß erhalten, der sich bald im Abdrücken seiner Anhänger bemerkbar machen wird. Jede, auch die geringste Nachricht (Beobachtungen, Äußerungen usw.) müssen umgehend der Geschäftsstelle mitgeteilt werden.“

Der Kreisleiter soll also regerrecht beipflichtet werden, um Material gegen ihn zu sammeln und Argwohn durch Verleumdung und Entstellungen gegen ihn aufzuwecken, sowie seinen Einfluß auf die Landarbeiter zu zerstören. Weiter heißt es in dem Schreiben, daß „strengste Geheimhaltung aller Rundschreiben“ und deren „sofortige Vernichtung“ gefordert werden muß, um zu verhindern, daß der Gegner „wertvolles Material in die Hände bekommt“.

Der Landbund versucht also, wo er nur kann, einen Keil zwischen Führer und Mitglieder zu treiben, um die Arbeiter dann in die Hände gewissloser Heher fallen zu lassen, die dann Teilstreiks zustande bringen und die Zerstückelung des Verbandes durchführen. Der Landbund hofft diese Streiks wiederum mit seiner „Bundeshilfe“, die er sich für solche Fälle „straff organisiert“ hat, abzuwürgen und die Arbeiter dem Landbund zuzuführen.

Der Kommunist Heffelsbarth verteilte in einer Rede in Trent auf Rügen die Landbundsflaunen, indem er erklärte, daß diese Kommunisten in den Landbund eingetreten seien. Er mußte die Landbundsarbeiter verteidigen. Der Landbund aber laßt sich ins Gesicht und hofft auf den gegenwärtigen Moment, gegen die „kommunistischen“ Landarbeiter mit Waffengewalt vorgehen zu können. Dabei steht fest, daß auf dem Lande nahezu kein einziger wirklicher kommunistischer Arbeiter zu finden ist. Erst die demagogischen Gewaltakte des Landbundes wecken die Arbeiter bringen diese in Erregung und machen sie den Entstellungen kommunistischer und sich als solche aufführender Spitzelagenten zugänglich. Der erste Streik wäre für den Landbund die Erfüllung seines sehnlichst begehnten Wunsches. Der Deutsche Landarbeiterverband aber wird alle Kräfte anspannen, seine Reihen geschlossen nach außen zu halten und sie dann in den Kampf zu führen, wenn die Landarbeiter davon einen Erfolg erhoffen dürfen. Der Landbund wird sich an dieser Mauer die Stirn abbrechen.

Häusliche Nothilfe.

Seit langem führt der Verband der Hausangestellten Deutschlands einen energischen Kampf gegen das Umwehen der privaten Stellenvermittlung. Es besteht nun durch das neue Arbeitsnachweis-

gesetz, das sich in Beratung befindet, die Möglichkeit, diese privaten und auch die gewerblichen Stellennachweise abzuschaffen und deren ganze Arbeit den Kommunen zu übertragen.

Wertwürdigerweise wird jetzt in bürgerlichen Zeitungen für eine neue Organisation, die sich „Häusliche Nothilfe“ nennt, rege Propaganda gemacht. Die Not der armen Hausfrauen wird in allen Lagen geschürt und dann mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es ganz und gar unmöglich sei, die „hohen“ Löhne, die die Hausangestellten fordern, zu zahlen. Da soll denn nun diese neue Organisation helfend eingreifen. Es wird ein Arbeitsnachweis, denn das ist letzten Endes diese Nothilfe, eingerichtet, der durchaus nicht kostenlos ist. Es wird zunächst von den Mitgliedern des Hausfrauenverbandes ein Jahresbeitrag von 3 M., für andere Mitglieder ein solcher von 5 M. gefordert, außerdem sind bei Benutzung dieses Arbeitsnachweises 1,50 M. Einschreibengebühren zu zahlen. Ferner haben die Hausfrauen und Hausheiferinnen für eine Benachrichtigungsgeld 5 M. „Pfand“ zu entrichten. Wenn die Vermittlung erfolgreich gewesen ist, darf dann noch eine Abschlußgebühr gezahlt werden, über deren Höhe man jedoch bezeichnenderweise nichts erfährt. Die Töchter des Mittelstandes werden aufgefordert, sich für diese Nothilfe zur Verfügung zu stellen, um, wie es in dem Aufruf heißt, sich einen Nebenverdienst zu schaffen. Das ganze wird dann noch großartig als Selbsthilfe des Mittelstandes bezeichnet, denn, wie so nebenbei bemerkt wird, sollen keine Arbeitskräfte verdrängt, sondern fehlende ersetzt werden. Wir zweifeln sehr, ob diese neueste Organisation zur Bekämpfung der Hausangestellten dieses Verstandes einhält, denn daß sie eine Stelle geschaffen hat, die die wirtschaftliche Lage dieses Berufes in den betreffenden Städten unterläßt, darf nicht angenommen werden. Mit viel größerer Wahrscheinlichkeit darf man aber annehmen, daß sich die sattem bekannte Tugend der Sparsamkeit der deutschen Hausfrauen zu voller Blüte entfalten wird und daß sich, falls sich diese Einrichtung durchsetzen sollte, eine neue Lohndrückerorganisation gebildet haben wird.

In den bekannten Hausfrauengesprächen der sogenannten besseren Stände ist gegen die gereizte Arbeitszeit der Hausangestellten stets mit mehr oder minder Bosheit hergezogen worden. Immer wurde behauptet, daß es in einem Haushalte unmöglich sei, die Arbeitszeit zu begrenzen. Es ist nun interessant, festzustellen, daß der Absatz 5 der Richtlinien für die „Häusliche Nothilfe“, die vom Verband der Rogdeburger Hausfrauen herausgegeben sind, wörtlich sagt: „Der halbe Tag rechnet vier, der ganze zehn Stunden“. Man darf daraus schließen, daß der normale Arbeitstag gleich zwei halben zu vier Stunden zu rechnen ist, also acht Stunden beträgt. Die Hausangestellten werden bei ihren Tarifverhandlungen sich diese Tatsache zu merken haben und werden sich freuen, daß hier, wenn auch unbeabsichtigt, ihre Forderungen auch von den Hausfrauen unterstützt wurden.

Ob die Organisation den von den Schöpfern gewünschten Erfolg haben wird, darf jedoch immerhin als zweifelhaft bezeichnet werden.

Außerordentliche Generalversammlung der Fleischer.

Auf der Tagesordnung der Versammlung des Zentralverbandes der Fleischer Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin), die am Dienstag bei Boeker in der Weberstraße tagte, stand als Hauptpunkt die Verschmelzungsfrage. Dieser Frage liegt der bedeutungsvolle Plan zugrunde, die Organisationen der Brauer, Bäcker und Fleischer zu einem großen Verband zu vereinigen. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits soweit gediehen, daß über sie in der Versammlung Bericht erstattet werden sollte. Es sind auch schon Richtlinien aufgestellt worden, über die nun die öffentliche Aussprache in den beteiligten Organisationen zu erfolgen hat. Von der vorgesehenen Diskussion mußte jedoch abgesehen werden, weil andere Angelegenheiten, so insbesondere die des Arbeitsnachweises, den ganzen Abend für sich in Anspruch nahmen. Beschlossen wurde, zur gründlichen Behandlung der überaus wichtigen Frage zunächst eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen und dann in einer Versammlung aller beteiligten Branchen weitere Beschlüsse zu fassen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Lohnsätze zu Ende August gekündigt worden sind. Damit ist der Verband in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine längere Aussprache riefen die Klagen über den partiellen Arbeitsnachweis hervor. Man wurde sich dahin einig, daß Nothilfe geschaffen werden müsse. Verschiedene Vorschläge dazu lassen sich nun und werden bei der Durchführung Beachtung finden.

Der Werkmeisterverband der Schuhindustrie.

Am 30. und 31. Juli hielt der Werkmeisterverband der Schuhindustrie im Reichshaus zu Rürnberg seinen Verbandstag ab. Der Bericht des Vorsitzenden ließ eine gute Entwicklung der Organisation erkennen, sind doch in den letzten zwei Jahren 1244 Neuaufnahmen erfolgt. Alle in der Schuhindustrie tätigen technischen Angestellten sind bis auf wenige Ausnahmen im Werkmeisterverband organisiert. Dieser Umstand und der augenblicklich gute Geschäftszustand in der Schuhindustrie gestattete die Tätigkeit des Verbandes in den letzten zwei Jahren sehr erfolgreich. Die letzten beiden Jahre waren vornehmlich ausgefüllt mit Tarifverhandlungen, bei welchen sich der Einfluß der Unternehmerverbände stark fühlbar machte. Die mit den Schuhfabrikanten abgeschlossenen Tarifverträge sind Mindestverträge, so daß es auf diese Weise möglich ist, günstige Bedingungen für die Werkmeister herauszuholen. Die Nothilfe, einen Reichstarif abzuschließen, scheiterte an dem Verhalten der Unternehmer, so daß jetzt die Arbeitsbedingungen durch Bezirksverträge geregelt sind. Nach dem Rollenbericht haben sich die Finanzverhältnisse des Verbandes gut entwickelt, zumal die Mitglieder darauf bedacht sind, jetzt in der guten Geschäftslage einen Kampffonds anzusammeln. Erfolgreich ist auch die geistige Einstellung des Werkmeisterverbandes, die aus einem Vortrag des Vorsitzenden John über „Pflichten und Rechte des Werkmeisters“ zu ersehen ist. Der Werkmeisterverband, der durchaus auf freierem Boden steht, bemüht sich, seine Mitglieder den Arbeitern gegenüber zu einem Verhältnis zu bringen, in dem der Arbeiter mehr als Mitarbeiter und nicht als Untergebener angesehen wird. — Von der Verbandversammlung wurden die Beiträge

auf monatlich 10 M. erhöht. Auch die Sätze für die Leistungen des Verbandes wurden erhöht. Der Sitz des Verbandes wurde in Frankfurt a. M. gelassen. In Burg wird der nächste Verbandstag abgehalten werden.

Zentralverband der Angestellten. Chirurgie-Mechanik: Mitgliederversammlung am 4. August 7 Uhr, in den Sophienhallen, Sophienstr. 17/18 — Holzgruppenversammlung am 4. August 7 1/2 Uhr, im Kosenholzer Hof, Rosenholzer Straße 11/12 — Röhrengruppenversammlung am 4. August, 8 1/2 Uhr, in den Sophienhallen, Sophienstr. 10 — Rechtsanwaltsbureau: Mitgliederversammlung am 4. August 7 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c — Seifenfabrikanten: Mitgliederversammlung am 4. August, 8 Uhr, in den Sophienhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 81.

Verände der Reichs- und Schiffsangestellten. Donnerstag, den 4. August 1921, morgens 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 13: Große Versammlung aller Blätter, Oberwächter, Kontrollanten, Oberkontrollanten und Nachmittler. Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zu einer event. Lohnerhöhung? 2. Berufsfragen. 3. Verschiedenes.

Soziales.

Verföderung der jetzt zur Entlassung kommenden Mannschaften und Offiziere.

Vom Reichswehrministerium sind folgende Bestimmungen für die Verföderung der jetzt zur Entlassung kommenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften erlassen worden:

1. Den Unteroffizieren und Mannschaften, die auf Grund des Ultimatum der Verbandsstaaten ohne Einhaltung der gesetzlichen dreimonatigen Kündigungsfrist entlassen worden sind oder noch entlassen werden müssen, sind vom ersten des auf die Entlassung folgenden Monats ab nach für weitere drei Monate die bisher zuständigen Befoldungsgebührene in voller Höhe weiter zu zahlen. Ueber die Verföderung der genannten Unteroffiziere und Mannschaften mit einer Dienstzeit von mindestens vier Jahren nach Ablauf des vorgezeichneten Zeitraums folgt ein besonderer Erlaß.

Für die im Juni 1921 entlassenen Offiziere sind noch für drei Monate, für die im August zur Entlassung kommenden Offiziere ebenfalls für drei Monate die zuletzt zuständig gewesenem Befoldungsgebührene an Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinder- und Teuerungszuschlägen zu zahlen. Bezüglich der Offiziere der Zeugämter, die nach ihrer Entlassung zur Erledigung von Abweidlungsarbeiten noch bis Ende September als Beamte a. B. beschäftigt werden, ergeht in dieser Hinsicht noch besondere Verföderung. Im Anschluß an diese Befoldungsgebührene beginnt die Verföderung, worüber noch weitere Verföderung ergeht.

2. Offizieren mit einer Dienstzeit von mindestens vier Jahren, deren ruhegehaltfähiges Dienstvermögen den Betrag von 10 000 M. jährlich nicht übersteigt, sowie Unteroffizieren und Mannschaften mit einer Dienstzeit von mindestens vier Jahren sind als einmalige Uebergangsbeträge zu zahlen:

- bei einer Dienstzeit von mindestens vier und weniger als acht Jahren 700 M.,
- von mindestens acht und weniger als zwölf Jahren 1400 M.,
- von mindestens zwölf Jahren 2100 M.

Eine besondere Hinzurechnung besonderer Kriegsjahre usw. findet nicht statt. Auf Antrag sind zunächst Vorschüsse zu zahlen.

Soweit Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften durch die plötzliche Entlassung in eine besondere schwierige wirtschaftliche Lage geraten, können Unterstufungsgesuche mit entsprechender Begründung der Verföigungsabteilung des Reichswehrministeriums unmittelbar vorgelegt werden.

Aus aller Welt.

Die Waldbrände. Bei Detmold entstand ein Wald- und Heidebrand in der Augustdorfer Heide, vermutlich durch Unvorsichtigkeit. In Mitleidenschaft wurden bisher ungefähr 30 Hektar Wald gezogen.

Sanktionspraxis. In Duisburg stehen sich, unter dem Vorhaben, Quartier zu machen, zwei belgische Soldaten. Zimmer zeigen. Hierbei haben sie wahrgenommen, daß die Herrschaft verweist und das Mädchen allein anwesend sei. Abends erschien der eine Soldat wieder und ließ sich nochmals die Zimmer zeigen, auch das Mädchenzimmer, in welchem er das Mädchen verge-waltigte. Hinföscherei verhalten ungehört. Dies ist der vierte Fall von Notzucht innerhalb weniger Tage.

Brand in der Wallstreet. Gestern brach in der Wallstreet ein größeres Feuer aus, das den Londoner Börsenverkehr auf zwei Stunden unterbrach.

Dauernde Flaggenparade. Laut Erlaß des Vizepräsidenten des böhmischen Landesgouverneurs, Metelka, Zahl 13, sind die Amtsgebäude an den Nationalfeiertagen der befreundeten Mächte Griechenland, Belgien, Polen, Rumänien, Spanien, England, Dänemark, Schweden, Amerika, Frankreich, Niederlande, Heiliger Stuhl, Bulgarien, Italien, Desterreich, Jugoslawien mit Fahnen in den Farben der tschechoslowakischen Republik zu schmücken. Zu diesen ausländischen kommen noch die tschechoslowakischen Feiertage. — Uns rechnet also Herr Metelka nicht zu seinen Freunden. Wir sind zu höflich, um zu widersprechen.

Sowjetkreditaufnahme verhasst. In New York wurde ein von der Sowjetregierung mit dem Ankauf von Filmen und Filmapparaten beauftragter namens Jacques Cibrario verhaftet, weil er der Sowjetregierung mehr als 1 Million Dollar verwirreut hat. Cibrario hatte sich seit Kriegsende ein großes Vermögen durch den Verkauf von Filmen erworben. Er erklärt, daß er von der Sowjetregierung 1 Million für den Ankauf von Filmen und Reproduktionsmaschinen erhalten hätte. Statt gute Ware zu liefern, habe er unbrauchbare Filme und unbrauchbare Maschinen zur Abwendung gebracht.

Berichte, für den erhalt. Leit: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin; Verlag: Woywode-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Woywode-Verlag G. m. b. H., Berlin; Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin; Lindenstr. 8.

Volks-Reise-Verband
Geschäftsstelle: Neukölln, Mühlener Straße 53
Vom 3. bis 10. September:
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Mischeholung der a. 18.-25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Ziel: Odenwald, Neckar, Rhein, Mosel, Saar, Elbe, Oder, Spree, Havel, Müritzer See, Ostsee
Anmeldungen sind umgehend gegen Einzahlung von 10,- M. an die Geschäftsstelle des V. R. V., Neukölln, Mühlener Str. 53, zu richten

WANZEN
Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
Ermäßigend in Apotheken und Drogerien, Apotheker Otto Pfeiffer & Pflieger, Berlin N. 65, Schulstraße 16.

Fahrradgummi billiger!!!
Laufm. Anteil M. 40,-, 45,-, 50,-, 55,-
Prima Laufm. Anteil M. 65,-
Extra prima Laufm. Anteil mit 1 Jahr Garantie M. 75,-
Gebirgsreifen M. 70,-, 75,-
Prima Gebirgsreifen mit 1 Jahr Garantie M. 85,-
Luftschläuche M. 15,-, mit 1 Jahr Garantie M. 20,-
Versand nach außerhalb gegen Nachnahme
Preisliste nach auswärts gratis und franko
Ernst Machnow, Berlin C, Weinmeisterstraße 14
Größtes Fahrradhaus Berlins

Möbel
zu niedrigen Preisen
bietet an private
Wohnmöbel.
Schloß: 1688-16705 M.
Speise: 1210-12670 M.
Garten: 1730-17845 M.
Wohn: 875-12800 M.
Räder: 445-2285 M.
Lieferung mit. Sogierung
kostenl. 10 Jahre Garantie
Möbel-Haus Rejewske
Berlin, Badstr. 60

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen
empfehl
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 26
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124 Bz

Gardinen Spezial-Verkauf
in Stores, Künstler-, Madras- u. Mullgardinen, Bettdecken, Mull- u. Gardinenstoffe, besonders günstige Gelegenheitskäufe.
Fraun Funck, Neukölln, Bühlische Str. 10
Gartenpart. r.

Gold-Platin-Silber-Münzen
Kaufe ständig zu höchsten Preisen
Bruch, Kette, Ringe, Uhren
Neuhaus, Roßstr. 8
Nähe Spittelmarkt
Einkauf nur im Laden, nicht im Mo.

Leitwagen
u. alle and. Transporterät
bietet billigst
Georg Wagner, Cöpenicker Str. 71, Kein Ladengeschäft.

Dr. med. Meyenberg G. m. b. H., a. d. Poststr. 27 b.
Neuartige Behandl., aller Geschlechtsleiden und Frauenleiden nach 14 D.-R.-Patenten bes. in veralteten Fällen, Venenvereng., Fäden L. Uria, Schmerzlos u. bei gewohnter Lebensführung, Blutuntersuchung, Salvarsan, Das Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10 Mark, Unver-säglichkeit der Frau 2 Mark, Prospekt kostenlos
Damenzimmer, 11-1, 5-7, Sonntag 11-1 Uhr. 161/2

Militär = Schnürschuhe Paar M. 35
Schaftstiefel Paar M. 50
Herrn-Ulster neue 100 M.
ferner große Posten versch. anderer Geschirr- u. Leder-sachen, Sohlen der zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Eisenheuer Str. 11
Frankfurter Allee 817
Cöpenicker Str. 186
Mantel, Röcke, Hosens
et durch-repariert neu beschilt
Charlottenstr. 2
Tel. Spandau 439
Charlottenburg, Scharrenstr. 31, Spandau